

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einführung	27
A. Grundlegendes zur unselbständigen Stiftung	29
I. Historische Entwicklung	29
1. Antike	29
2. Mittelalter	29
3. Reformation und Aufklärung	30
4. 19./20. Jahrhundert	31
5. Nationalsozialismus	32
6. Entwicklung seit 1945	32
II. Abgrenzung der unselbständigen von der selbständigen Stiftung 33	
1. Unterschiede	33
a) Rechtsfähigkeit	33
(1) Selbständige unselbständige Stiftung?	33
(2) „Virtuelle Stiftung“	36
(3) Konsequenz der fehlenden Rechtsfähigkeit	37
b) Errichtung	38
c) Analoge Anwendung der §§ 80 ff. BGB	38
d) Inhalt des Stiftungsgeschäfts	39
e) Staatliche Aufsicht	39
f) Grundrechtsschutz	41
2. Gemeinsamkeiten	41
3. Zusammenfassung	42
III. Definition der unselbständigen Stiftung	42
IV. Abgrenzung von unselbständiger Stiftung unter Lebenden und der von Todes wegen	43
1. Errichtung einer unselbständigen Stiftung unter Lebenden	43
2. Errichtung einer unselbständigen Stiftung von Todes wegen ...	44
a) Einsetzung des Stiftungsträgers als Erbe oder Vermächtnisnehmer	44
b) „Sukzessive Doppelaufgabe“	45

	(1) Diskussion	46
	(2) Ergebnis	47
	(3) Tauglichkeit der Einsetzung des Stiftungsträgers als Auflagenbegünstigten	47
	c) Schuldrechtliches Pendant zur unselbständigen Stiftung von Todes wegen	48
V.	Verschiedene Typen der unselbständigen Stiftung	48
	1. Kapital- und Verbrauchsstiftung	48
	2. Unselbständige Familienstiftung	49
	3. Unternehmensverbundene unselbständige Stiftung	49
	4. Kirchliche Stiftung	49
	5. Kommunale unselbständige Stiftung	49
B.	Vor- und Nachteile unselbständiger Stiftungen	50

2. Kapitel Errichtung einer unselbständigen Stiftung von Todes wegen

	Todes wegen	53
A.	Exkurs: gemeinnützige Stiftungen	53
	I. Anforderungen der §§ 55–57 AO	54
	1. Selbstlosigkeit gem. § 55 AO	54
	2. Ausschließlichkeit gem. § 56 AO	54
	3. Unmittelbarkeit gem. § 57 AO	55
	II. Steuerlich unschädliche Betätigung, § 58 Nr. 6 AO	55
B.	Erste Stufe: Vermögenszuwendung durch Erbeinsetzung, Vermächtnis oder Auflage	55
	I. Stiftungsträger als Alleinerbe	55
	1. Einsetzung des Stiftungsträgers als Alleinerbe	55
	2. Formulierungsvorschlag	56
	II. Stiftungsträger als Miterbe	56
	1. Grundlagen der Erbengemeinschaft	56
	2. Auskunftsansprüche des Stiftungsträgers als Miterbe gegen die übrigen Miterben	57
	a) Auskunftsanspruch des Stiftungsträgers gegenüber Dritten	57

b)	Auskunftsanspruch von Miterben untereinander	58
3.	Verzögerungen bei der Auseinandersetzung	59
4.	Zuwendung einzelner Gegenstände an den Stiftungsträger ...	59
a)	Teilungsanordnung	59
b)	Vorausvermächtnis	60
5.	Ausschluss und Aufschiebung der Auseinandersetzung	61
6.	Formulierungsvorschlag	61
III.	Stiftungsträger als Vorerbe oder Nacherbe	62
1.	Grundsätzliches zur Vor- und Nacherbschaft	62
2.	Der Stiftungsträger als Vor- oder Nacherbe	64
a)	Eignung der Vor- und Nacherbschaft für die Errichtung der unselbständigen Stiftung von Todes wegen	64
(1)	Vorerbschaft	64
(2)	Nacherbschaft	65
b)	Stiftungsträger als Vorerbe und das Merkmal der Dauerhaftigkeit	65
(1)	Anforderungen an die Dauerhaftigkeit	66
i.	Merkmal der Dauerhaftigkeit	66
ii.	Mindestdauer	66
(2)	Dauerhaftigkeit bei der Vorerbschaft	68
i.	Anforderungen an die Dauerhaftigkeit bei der Vor- und Nacherbschaft	68
ii.	Prüfung der Dauerhaftigkeit des Zwecks	68
c)	Umgehung der Vermögensbindung bei steuerbefreiten Stiftungen im Nacherbfall	68
(1)	Grundsatz der Vermögensbindung	68
(2)	Verstoß bei Eintritt der Nacherbschaft	69
IV.	Stiftungsträger als Vermächtnisnehmer	71
1.	Grundlagen des Vermächtnisrechts	71
2.	Zuwendung eines Vermögensvorteils bei einer mittels Vermächtnis errichteten Stiftung	72
3.	Wegfall des mit dem Vermächtnis Beschwerten	73
4.	Wegfall des Vermächtnisnehmers	74

5.	Geeignete Vermächtnisform zur Vermögensübertragung an den Stiftungsträger	74
6.	Auskunftsansprüche des Vermächtnisnehmers	75
7.	Nachvermächtnis	76
8.	Sicherungsmittel	77
	a) Sicherungsmittel bei Gefährdung des Anspruchs	77
	b) Eintragung einer Vormerkung	77
9.	Formulierungsvorschlag	78
	a) Stiftungsträger als Vermächtnisnehmer	78
	b) Regelungen für das Vermächtnis zugunsten des Stiftungsträgers	79
V.	Stiftungsträger als Auflagenbegünstigter	79
	1. Grundlegendes zur Auflage	80
	2. Wegfall des Begünstigten	81
	3. Wegfall des Beschwerten	81
	4. Geeignete Auflagenform zur Vermögensübertragung auf den Stiftungsträger	81
	5. Auskunftsanspruch von Auflagenbegünstigtem und Vollziehungsberechtigtem	82
	6. Formulierungsvorschlag	83
	a) Auflagenbegünstigter als Stiftungsträger	83
	b) Regelungen für die Auflage	83
VI.	Stiftungsträger als Ersatzerbe	83
VII.	Zusammenfassung	85
C.	Zweite Stufe: Festlegung des Stiftungszwecks	85
	I. Festlegung des Stiftungszwecks mittels Vermächtnis	85
	1. Beschwerung des Stiftungsträgers mittels Vermächtnis	85
	a) Inhalt des Vermächtnisses	85
	b) Formulierungsvorschlag	86
	2. Geeignete Vermächtnisform	86
	a) Zweckvermächtnis	86
	b) Überlassung des Bestimmungsrechts nach § 2151 BGB ..	87

3.	Probleme bei der Festlegung des Stiftungszwecks mittels Vermächtnis	87
a)	Vermächtnis zur Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung	87
b)	Jährliche Ausschüttung der Stiftungserträge	88
(1)	§ 2162 BGB	89
(2)	Jährliche Ausschüttung	89
4.	Formulierungsvorschlag für die Regelungen des Vermächtnisses	90
II.	Festlegung des Stiftungszwecks mittels Auflage	91
1.	Beschwerung des Stiftungsträgers mit einer Auflage	91
a)	Inhalt der Auflage	91
b)	Formulierungsvorschlag für die Auflage	91
2.	Vollziehungsanspruch	92
a)	Der Vollziehungsanspruch	92
b)	Vollziehungsberechtigte	93
(1)	Vollzugsberechtigter Erbe, Ersatzerbe und Nacherbe	94
(2)	Vollzugsberechtigung des Miterben	94
(3)	Vollzugsberechtigung der Personen, denen der Wegfall des Beschwerten zustattenkommt	95
(4)	Vollzugsberechtigung des Auflagenbegünstigten ..	95
i.	Rechtsprechung	95
ii.	Diskussion	96
iii.	Ergebnis	97
(5)	Vollzugsberechtigung des Testamentsvollstreckers	98
(6)	Vollzugsberechtigung der Behörde	99
(7)	Vom Erblasser erhaltene Vollzugsberechtigung	100
i.	Erweiterungsbefugnis des Erblassers	100
ii.	Vom Erblasser bestimmter Vollziehungsberechtigter als Testamentsvollstrecker	100
c)	Formulierungsvorschlag für die Regelungen des Vollziehungsanspruchs	102

3.	Geeignete Auflagenform	103
a)	Überlassung der Leistungsbestimmung	103
b)	§ 2193 Abs. 1 BGB	103
4.	Zeitliche Begrenzung der Auflage	104
a)	Keine analoge Anwendung der §§ 2109, 2162 oder 2210 BGB	104
b)	Verjährung des Vollziehungsanspruchs	105
(1)	Beschwerung mit einzelnen Leistungen	105
(2)	Beschwerung des Trägers mit einem wiederholten und dauerhaften Tun	106
D.	Form der Errichtung	106
I.	Testament	106
II.	Erbvertrag	107
1.	Grundlagen des Erbvertrags	107
a)	Rechtsnatur und Wirkung des Erbvertrags	107
b)	Vertragsmäßige Verfügungen	108
c)	Wechselbezüglichkeit	108
d)	Form	109
2.	Begründung der unselbständigen Stiftung von Todes wegen mittels Erbvertrag	109
a)	Stiftungserrichtung mittels einseitigen Erbvertrags	109
(1)	Stiftungsträger als Erbe oder Vermächtnisnehmer	109
(2)	Stiftungserrichtung mittels „sukzessiver Doppelaufgabe“	110
i.	Beschwerung mit einer Auflage zugunsten des Stiftungsträgers	110
ii.	Beschwerung des Stiftungsträgers mit einer Unteraufgabe	110
b)	Gemeinsame Stiftungserrichtung durch einen mehrseitigen Erbvertrag	110
c)	Zeitgleiche Stiftungserrichtung mittels Erbvertrag	111
(1)	Errichtung	111
(2)	Geschäftsunfähigkeit und Unwirksamkeit eines Stiftungsgeschäfts	112

i.	Geschäftsunfähigkeit	112
ii.	Unwirksamkeit eines Stiftungsgeschäfts	112
3.	Formulierungsvorschläge	113
a)	Gemeinsame Stiftungserrichtung durch einen mehrseitigen Erbvertrag	113
b)	Zeitgleiche Errichtung	113
III.	Gemeinschaftliches Testament	114
1.	Grundlagen des gemeinschaftlichen Testaments	114
2.	Juristische Person als nahestehende Person i.S. v. § 2270 Abs. 2 BGB	114
a)	Problematik	114
b)	Meinungsbild	115
c)	Stellungnahme	116
3.	Gestaltungsmöglichkeiten	118
a)	Formen des gemeinschaftlichen Testaments	118
b)	Inhaltliche Ausgestaltung	119
(1)	„Einheitslösung“ und „Trennungslösung“	119
i.	„Einheitslösung“	119
ii.	„Trennungslösung“	119
iii.	Ergebnis	119
(2)	Gemeinsame Stiftungserrichtung	120
(3)	Zeitgleiche Stiftungserrichtung mittels gemeinschaftlichen Testaments	120
4.	Formulierungsvorschläge	121
a)	Stiftungsträger als Schlusserbe	121
b)	Stiftungsträger als Nacherbe	121
c)	Gemeinsame Stiftungserrichtung	122
IV.	Schenkungsversprechen von Todes wegen, § 2301 BGB	122
1.	Grundlegendes zum Schenkungsversprechen von Todes wegen	122
a)	§ 2301 BGB	122
b)	Rechtsfolgen	123

2.	Errichtung einer unselbständigen Stiftung von Todes wegen mittels Schenkungsversprechen von Todes wegen	123
a)	Inhalt des Schenkungsversprechens von Todes wegen ..	123
b)	Umdeutung des Schenkungsversprechens	124
(1)	Umdeutung der Zuwendung in ein Vermächtnis oder eine Erbeinsetzung	124
(2)	Erbrechtliches Formerfordernis des umgedeuteten Versprechens	124
(3)	Umdeutung der Schenkungsaufgabe	125
i.	Umfang der Umdeutung	125
ii.	Umdeutung der schenkungsrechtlichen Auflage	125
3.	Tauglichkeit des Schenkungsversprechens von Todes wegen zur Errichtung einer unselbständigen Stiftung von Todes wegen	126

3. Kapitel Die an der Stiftung Beteiligten und deren

	Rechtsstellung	129
A.	Rechtliche Stellung des Erblassers als Stifter	129
B.	Rechtliche Stellung des Stiftungsträgers	129
I.	Aufgaben des Stiftungsträgers	129
II.	Vergütungsanspruch des Stiftungsträgers	130
III.	Aufwendungsersatzanspruch des Stiftungsträgers	131
C.	Rechtliche Stellung der Destinatäre	132
I.	Begünstigung mittels Vermächtnis	132
II.	Begünstigung mittels Auflage	132
1.	Stellung des Auflagenbegünstigten	132
2.	Rechtsgrund der Zuwendung	133
a)	Verhältnis zum Erblasser	133
b)	Verhältnis zum Stiftungsträger	133
D.	Rechtliche Stellung der Gremien	134
I.	Aufgaben der Gremien	134
II.	Meinungsbild zur rechtlichen Stellung der Gremien	135

III. Stellungnahme	136
1. Stellung der Gremien im Rahmen einer mittels Auflage errichteten Stiftung	137
a) Gremienmitglieder als Auflagenbegünstigte	137
b) Gremienmitglieder als Vermächtnisnehmer	137
(1) Keine ausreichende Bestimmtheit gem. § 2151 BGB	138
(2) Zeitliche Begrenzung von § 2162 BGB	138
c) Gremienmitglieder als Vollziehungsberechtigte	139
(1) Einordnung als Vollziehungsberechtigte	139
(2) Problem: Aufnahme neuer Gremienmitglieder	139
d) Gremienmitglieder als Testamentsvollstrecker	140
e) Gremienmitglieder als Auftragnehmer	141
f) Konsequenzen für die Gestaltung	142
2. Stellung der Gremienmitglieder in der mittels Vermächtnis errichteten unselbständigen Stiftung von Todes wegen	142
a) Gremienmitglieder als Vermächtnisnehmer	142
b) Gremienmitglieder als Auftragnehmer	143
(1) Auftragsverhältnis	143
(2) Probleme des Auftragsrechts im Rahmen der mittels Vermächtnis errichteten unselbständigen Stiftung	143
(3) Problemlösung	144
i. Verzicht auf Widerrufsrechte	144
ii. Verzicht auf das Weisungsrecht	145
iii. Konsequenzen für die Gestaltung	145
IV. Aufwendersatz der Gremienmitglieder	146
1. Mittels Vermächtnis errichtete unselbständige Stiftung	146
2. Mittels Auflage errichtete unselbständige Stiftung	146
E. Testamentsvollstreckung	146
I. Person des Testamentsvollstreckers	147
II. Abwicklungsvollstreckung im Rahmen der unselbständigen Stiftung von Todes wegen	149

1.	Abwicklungsvollstreckung	149
2.	Anordnungsmöglichkeiten	149
a)	Stiftungsträger als Erbe	150
b)	Stiftungsträger als Vermächtnisnehmer	150
c)	Anwendbarkeit von § 2223 BGB bei Beschwerung des Auflagenbegünstigten mit einer Auflage	151
III.	Dauertestamentsvollstreckung im Rahmen der unselbständigen Stiftung von Todes wegen	152
IV.	Nachteile und Risiken einer Testamentsvollstreckung für die unselbständige Stiftung von Todes wegen	153
1.	Vergütungsanspruch des Testamentsvollstreckers	153
2.	Zeitliche Begrenzung der Testamentsvollstreckung	154
a)	Abgrenzung von Abwicklungs- und Dauertestamentsvollstreckung bei der selbständigen Stiftung von Todes wegen	155
b)	Die Abwicklungsvollstreckung bei der unselbständigen Stiftung von Todes wegen	155
c)	Die Dauertestamentsvollstreckung bei der unselbständigen Stiftung von Todes wegen	156
3.	Testamentsvollstreckung über juristische Personen	157

4. Kapitel Herausforderungen für die unselbständige Stiftung von Todes wegen

A.	Gefahren durch das Pflichtteilsrecht	159
I.	Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüche	159
II.	Ausschlagung nach § 2306 BGB	160
III.	Kürzung von Vermächtnissen und Auflagen	160
1.	Kürzungsmöglichkeiten	160
2.	Verhinderung von Kürzungen	161
IV.	Vermeidung und Minderung von Pflichtteilsansprüchen	162
1.	Erbverzichtsvertrag	162
2.	Pflichtteilsverzichtsvertrag	162
a)	Umfassender Pflichtteilsverzichtsvertrag	162
b)	Ausschluss des Zugewinnausgleichs	162

c) Beschränkter Pflichtteilsverzichtsvertrag	163
d) Pflichtteilsverzicht unter der Bedingung einer Stiftungserrichtung	163
3. Güterstandswahl	164
4. Statutenwechsel	164
5. Stundung des Pflichtteilsanspruchs nach § 2331a BGB wegen Gefährdung der unselbständigen Stiftung	165
B. Person des Stiftungsträgers	166
C. Haftung	167
I. Haftung des Stiftungsträgers für Stiftungsverbindlichkeiten	167
II. Haftung des Stiftungsvermögens für Verbindlichkeiten des Stiftungsträgers	168
1. Umfassende Haftung des Stiftungsvermögens	168
a) Widerspruchsklage und Aussonderungsrecht der Vollziehungsberechtigten	169
b) Diskussion	169
2. Schutz durch Anordnung der Nachlassverwaltung	171
III. Haftung des Stiftungsvermögens für Verbindlichkeiten des Erblassers	172
1. Haftung des als Erben eingesetzten Stiftungsträgers für Verbindlichkeiten des Erblassers	172
a) Vermögensübergang	172
b) Überschuldeter oder zahlungsunfähiger Nachlass	173
2. Haftung des als Vermächtnisnehmer oder Auflagenbegünstigter eingesetzten Stiftungsträgers für die Verbindlichkeiten des Erblassers	174
IV. Missbrauch des Stiftungsvermögens durch den Stiftungsträger	174
1. Allgemeine Überlegungen zu pflichtwidrigen Rechtsgeschäften des Stiftungsträgers	174
2. Missbrauch des Stiftungsvermögens bei der unselbständigen Stiftung von Todes wegen	175
D. Einreden des Beschwerten	176
I. Dürftigkeits- und Unzulänglichkeitseinrede des Erben	176
II. Überschwerungseinrede des Erben	177

III.	Einrede des Vermächtnisnehmers aus § 2187 BGB	178
IV.	Kürzungsbefugnis des Vermächtnisnehmers nach § 2188 BGB	178
	1. Kürzungsrecht	178
	2. Umgehung der Kürzung	178
V.	Einrede des Auflagenbegünstigten aus § 2187 BGB und § 2188 BGB	179
	1. Einrede aus § 2187 BGB	179
	2. Kürzungsbefugnis aus § 2188 BGB	180
E.	Nicht- oder Schlechtleistung des Stiftungsträgers	180
I.	Nicht- oder Schlechtleistung eines mit einer Auflage beschwerten Stiftungsträgers	181
	1. Stiftungsträger als Erbe (beschwert mit einer Auflage)	181
	a) Nicht- oder Schlechtleistung des Stiftungsträgers	181
	(1) Klage auf Erfüllung	181
	(2) Antrag auf Nachlassverwaltung und Schadensersatzansprüche	181
	b) Nichtleistung wegen Unmöglichkeit der Auflagenvollziehung	182
	(1) Unmöglichkeit der Aufgabendurchführung und Unsinnigkeit des Stiftungszwecks	182
	i. Unmöglichkeit	182
	ii. Unsinnigkeit	183
	(2) Konsequenzen der Unsinnigkeit	184
	(3) Konsequenzen der Unmöglichkeit	184
	i. § 2195 BGB bei anfänglicher Unmöglichkeit der Auflage	184
	ii. Herausgabe nach § 2196 BGB bei vom Stiftungsträger zu vertretender anfänglicher und nachträglicher Unmöglichkeit	186
	2. Stiftungsträger als Vermächtnisnehmer (beschwert mit einer Auflage)	187
	a) Nicht- oder Schlechtleistung des Stiftungsträgers	187
	b) Unmöglichkeit und Unwirksamkeit der Auflage	187

3.	Stiftungsträger als Auflagenbegünstigter (beschwert mit einer Auflage)	188
a)	Nicht- oder Schlechtleistung des Stiftungsträgers	188
b)	Unmöglichkeit und Unwirksamkeit der Auflage	188
4.	Bewertung	188
a)	Schutz der unselbständigen Stiftung von Todes wegen	188
b)	Regelungen in der letztwilligen Verfügung für Nicht- und Schlechtleistung bzw. Unmöglich- und Unwirksamkeit	189
(1)	Regelungsoptionen	189
(2)	Formulierungsvorschläge für die Fälle der Unwirksamkeit, der Unmöglichkeit und der Nichtleistung der Auflage	191
II.	Nicht- oder Schlechtleistung eines mit einem Vermächtnis beschwerten Stiftungsträgers	191
1.	Stiftungsträger als Erbe (beschwert mit einem Vermächtnis)	192
a)	Nicht- oder Schlechtleistung des Stiftungsträgers	192
(1)	Klage auf Erfüllung und Schadensersatz	192
(2)	Antrag auf Nachlassverwaltung	192
b)	Nichtleistung wegen Unmöglichkeit der Vermächtniserfüllung	192
(1)	Anfängliche Unmöglichkeit	192
(2)	§ 2085 BGB bei anfänglicher Unmöglichkeit des Vermächtnisses	193
(3)	Schadensersatzansprüche bei nachträglicher Unmöglichkeit	193
2.	Stiftungsträger als Vermächtnisnehmer (beschwert mit einem Untervermächtnis)	193
3.	Stiftungsträger als Auflagenbegünstigter (beschwert mit einem Vermächtnis)	194
4.	Bewertung	194
a)	Schutz der unselbständigen Stiftung von Todes wegen ...	194

b) Regelungen in der letztwilligen Verfügung für Nicht- und Schlechtleistung bzw. Unmöglich- und Unwirksamkeit	194
(1) Regelungsoptionen	194
(2) Formulierungsvorschläge für die Unwirksamkeit, die Unmöglichkeit und die Nichtleistung des Vermächtnisses	195
5. Kapitel Satzung	197
A. Regelung der wesentlichen Stiftungsmerkmale	197
I. Stiftungszweck	197
1. Bedeutung des Stiftungszwecks für die unselbständige Stiftung von Todes wegen	197
2. Der Stiftungszweck und der Grundsatz der materiellen Höchstpersönlichkeit	198
3. Anforderungen an den Stiftungszweck	199
4. Sittenwidrigkeit des Stiftungszwecks	199
5. Gemeinwohlgefährdung des Stiftungszwecks	200
II. Stiftungsvermögen	201
III. Stiftungsorganisation	202
IV. Name und Sitz	202
B. Die Regelung nachträglicher Eingriffe in die Zielsetzung der Stiftung	203
I. Zweckänderung	203
1. Zweckänderung aufgrund Vereinbarung mit dem Stifter	203
2. Keine Zweckänderung aufgrund Erblasserordnung	204
a) Berücksichtigung von § 2065 Abs. 2 BGB	204
b) Konsequenz für die Gestaltung	204
3. Zweckänderung durch Vereinbarung mit den Vollziehungsberechtigten und Vermächtnisnehmern	205
a) Zulässigkeit des Verzichts	205
b) Zustimmung der Behörde zur Zweckänderung eines im öffentlichen Interesse liegenden Stiftungszwecks	207
c) Kein Verstoß gegen § 2065 Abs. 2 BGB	207

4.	Zweckänderung bei fehlendem Erblasserwillen	208
a)	Elly-Hölterhoff-Böcking-Stiftung	208
b)	Lösungsansätze	209
(1)	Lösungsweg der Universität Bonn	209
(2)	Rückgriff auf § 313 BGB	209
(3)	Anfechtung	210
II.	Satzungsänderung	211
III.	Beendigung der Stiftung	211

6. Kapitel Auslegung letztwilliger Verfügungen mit Bezug zur unselbständigen Stiftung von Todes wegen

A.	Auslegungsregeln	213
I.	Auslegung des Stiftungsgeschäfts von Todes wegen	213
II.	Auslegung der Stiftungssatzung	214
B.	Beispiele aus der Rechtsprechung	215
I.	Errichtung einer unselbständigen Stiftung von Todes wegen	215
1.	RG, Urteil v. 21.02.1911, Rep. VII. 178/10 zur mittels Zweckauflage errichteten unselbständigen Stiftung von Todes wegen	215
a)	Sachverhalt	215
b)	Entscheidung	216
c)	Kritik	216
2.	RG, Urteil v. 07.06.1917, Az. IV 68/17 zur Errichtung einer unselbständigen Stiftung von Todes wegen	217
a)	Sachverhalt	217
b)	Entscheidung	217
c)	Kritik	218
II.	Abgrenzung von selbständiger und unselbständiger Stiftung	218
1.	RG, Urteil v. 24.06.1916, Rep. V. 137/16 zum Begriff „Stiftung“	218
a)	Sachverhalt	218
b)	Entscheidung	219
c)	Kritik	220

2.	Urteil des Württ.-Bad. Verwaltungsgerichtshofs (Karlsruher Senat) vom 23.06.1955 zur Anwendbarkeit von § 2084 BGB bei der Frage nach der Rechtsform und zur Bedeutung der Einsetzung eines Rechtsträgers als Erben	220
	a) Sachverhalt	220
	b) Entscheidung	221
	c) Kritik	222
3.	KG, Urteil v. 06.07.1970, Az.16 U 1777/69 zum Willen des Erblassers, eine eigenständige Rechtspersönlichkeit zu schaffen, zur Anordnung eines Verwaltungsorgans und zur Formulierung „Errichtung einer Stiftung“	222
	a) Sachverhalt	222
	b) Entscheidung	223
	c) Kritik	224
4.	VGH Baden-Württemberg, Urteil v. 02.11.1976, Az.49/75 zur fehlenden Einsetzung eines Vermögensträgers	225
	a) Sachverhalt	225
	b) Entscheidung	225
	c) Kritik	226
III.	Abgrenzung Vermächtnis/Auflage im Rahmen einer unselbständigen Stiftung	227
1.	RG, Urteil v. 26.03.1917, Az.IV 417/16 zur Einordnung einer Zweckbestimmung als Auflage und § 2194 BGB	227
	a) Sachverhalt	227
	b) Entscheidung	227
	c) Kritik	228
2.	RG, Urteil v. 13.05.1919, Az.89/19 zu den Anforderungen an ein Vermächtnis nach § 2151 BGB	229
	a) Sachverhalt	229
	b) Entscheidung	229
	c) Kritik	230

7. Kapitel Die unselbständige Stiftung von Todes wegen im Steuerrecht	231
A. Besteuerung unselbständiger Stiftungen	231
I. Steuerbelastung	231
II. Beginn und Ende der Steuerpflicht	232
B. Steuerarten	232
I. Körperschaftsteuer	232
1. Körperschaftsteuerpflichtigkeit	233
a) Steuerliche Eigenständigkeit von Zweckvermögen gem. § 3 KStG	233
b) Abgrenzungskriterien	233
(1) Voraussetzungen der steuerlichen Selbständigkeit	233
(2) Steuerliche Selbständigkeit bei Zweckidentität	234
i. Meinungsbild	235
ii. Stellungnahme	236
2. Befreiung von der Körperschaftsteuer nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG	238
II. Erbschaftsteuer	238
1. Die unselbständige Stiftung im Erbschaftsteuerrecht	238
a) Unbestimmter Personenkreis bzw. unpersönlicher Zweck	238
(1) Voraussetzungen einer Zweckzuwendung	238
(2) Folgen einer Zweckzuwendung	239
b) Bestimmter Personenkreis bzw. persönlicher Zweck	240
2. Steuerbefreiung nach § 13 Abs. 1 Nr. 16b ErbStG	240
3. Steuerbefreiung nach § 13 Abs. 1 Nr. 17 ErbStG	240
4. Steuerbefreiung nach § 29 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG	241
5. Ersatzerbschaftsteuer für unselbständige Familienstiftungen	242
a) Besteuerung selbständiger Familienstiftungen	242
b) Besteuerung unselbständiger Familienstiftungen	242

(1) Entscheidung des FG Köln	242
(2) Stellungnahme	243
III. Grunderwerbsteuer aufgrund Grundstückserwerbs von Todes wegen	244
IV. Abgeltungsteuer	244
V. Abzugsfähigkeit von Spenden an unselbständige Stiftungen	245
1. Spendenabzug nach § 10b Abs. 1 EStG	245
2. Zuwendungen aufgrund testamentarischer Verpflichtungen	246
a) Spendenabzug beim Beschwerten	246
b) Spendenabzug beim Erblasser	247
8. Kapitel Schlussbetrachtung	249
Literaturverzeichnis	251